

HAMBURG/DEN 16. SEPTEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 37

Währungselend und Finanzreform

Im Zusammenhang mit der Einbringung der neuen Steuervorlagen ist wiederum die Erfahrung gemacht worden, daß der zerrüttete Zustand unserer Währung eines der größten Hindernisse für die erfolgreiche Durchführung einer Reichsfinanzreform an Haupt und Gliedern bildet. Valuta und Inflation waren es, an denen die Steuerpläne Erzbergers zerschellten, da sie im Augenblick ihrer Verwirklichung eine durch diese Faktoren bewirkte völlige Verschiebung der Einkommen und Vermögen vorfanden. Ein ähnliches Schicksal droht ganz offensichtlich der von Wirth eingeleiteten Finanzreform.

Bereits als der Reichskanzler und Finanzminister die neuen Steuervorlagen im Reichstag ankündigte, waren die Zahlen, die er anführte und die die Grundlage für seine gesamten Berechnungen über die Größe des Defizits und die Mittel zu seiner Deckung bildeten, überholt, weil sich die deutsche Valuta inzwischen weiter verschlechtert hatte. Seitdem hat sich der Rückgang des Reichsmarkkurses fortgesetzt, und der Bedarf des Reichs für die Bezahlung der in Devisen bemessenen Reparation ist dadurch weiter gewaltig gewachsen. Verzweifelt sucht man nach einem Ausweg aus dieser furchtbaren Situation.

Was die einzelnen neuen Steuern anbetrifft, so werden sie in verschiedenem Maße durch das Sinken der Reichsmark in Mitleidenschaft gezogen. Sehr deutlich treten die Wechselwirkungen zwischen Valuta und Steuern bei der geplanten erhöhten Kohlensteuer hervor. Der Gedanke, die volle Differenz zwischen Weltmarktpreis und deutschem Inlandpreis für den Steuereinkommen auszuschöpfen durch Angleichung des deutschen Inlandpreises an den auf dem Weltmarkt gezahlten Preis hat sich als eine Illusion erwiesen und das in erster Linie im Hinblick auf die unberechenbaren Schwankungen der Valuta. Man hat in Erwägung gezogen, einen Valutakoeffizienten in Anwendung zu bringen, um auf diese Weise den deutschen Kohlenpreis den Veränderungen der Valuta anzupassen. Der Plan scheiterte daran, daß der Kohlenpreis für einen bestimmten Monat spätestens etwa am 25. des Vormonats, festgesetzt werden mußte, damit er dem Kohlenkonsumenten bzw. Käufer wie dem Verkäufer wenigstens bei Absendung der Kohle bekannt wäre. Das würde aber ein Nachhinken hinter den tatsächlichen Verhältnissen im internationalen Wettbewerb bedeuten. Die monatlich wechselnden Kohlenpreise würden die Kalkulation unsicher machen und einen valutaspekulativen Einschlag in den Kohlenhandel bringen. Der Entwurf der neuen Kohlensteuer sucht diese Ge-

fahr zu vermeiden und doch die nötige Elastizität in der Bemessung des deutschen Kohlenpreises zu schaffen. Er will die Kohlensteuer von 20 auf 30 % erhöhen, aber den Reichsfinanzminister ermächtigen, diesen Steuersatz mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrats auf 25 % zu ermäßigen oder nach seiner Ermäßigung wieder auf 30 % zu erhöhen. Die Regierung hält es also für klüger, sich mit einem Teil des an- und für sich durch Steigerung des Kohlenpreises zu erreichenden Ertrages zu begnügen. Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats hält es sogar für nötig, daß die gegebenenfalls eintretende Ermäßigung nicht nur bis zu der unteren Grenze von 25 % eintreten kann, sondern noch weiter heruntergehen darf, so daß die Steuer für den Fall eines Sinkens des Weltmarktpreises der Kohle auf den deutschen Inlandpreis sogar ganz aufgehoben werden kann. Resigniert nimmt man dieses Ergebnis monatelang gepflegter Erörterungen über die neue Kohlensteuer zur Kenntnis, gab es doch Kreise, die den Glauben hegten, allein durch diese Einnahmequelle würde sich die Hälfte oder noch mehr der Reparationslast aufbringen lassen.

Bei den anderen Steuern ist es mehr die erneut über das Land hinflutende Inflationswelle, die ihren Erfolg mehr oder weniger in Frage stellt. Dabei sind natürlich die bekannten Zusammenhänge zwischen Valuta und Inflation nicht zu verkennen. Es ist ein Verhängnis, daß gerade die neuen Steuern, die das Defizit im Staatshaushalt decken und so zu einem Abbau der Inflation verhelfen sollen, zu ihrem Teil der Inflation neue Triebkraft geben und die Finanznot des Reiches verewigen. Noch hat die Beratung der neuen Steuern im Reichstag nicht begonnen, und schon ist die kommende Belastung durch Preissteigerung auf zahlreichen Marktgebieten vorweggenommen worden, was umso leichter möglich war als gleichzeitig noch andere Umstände, wie die Freigabe der Getreidewirtschaft, preistreibend wirkten. Insbesondere war es die Erhöhung der Kohlen- und der Umsatzsteuer, die ganz allgemein verteuern wirkte, noch bevor sie überhaupt in Kraft getreten ist. Die Teuerung erzeugte eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung, der nur in schwachem Maße Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Die erhöhten Löhne und Gehälter bedeuten eine Schmälerung der privaten Einnahmequellen, aus denen Steuern gezahlt werden können; soweit es sich um Staatsarbeiter und -beamten handelt, belasten sie das Reich auch unmittelbar. Das Reich muß infolge der Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus für seine Warenbezüge in Staats-

betrieben und Verwaltung mehr anlegen. Diese Momente zwingen wiederum zu einer Erhöhung der Tarife im Post- und Eisenbahnwesen, wodurch die Geschäftskosten der Privaten wachsen und durch abermalige Preissteigerung auf der ganzen Linie ausgeglichen werden. An der Börse klettern die Kurse der Aktien und Kuxe, die ja teurer gewordene Sachwerte vertreten, auf schwindlichte Höhen.

Seit 1918 haben wir immer wieder Gelegenheit gehabt, diese Entwicklung und diese Zusammenhänge zu beobachten. Es ist begreiflich, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo man ganze Arbeit machen möchte und machen muß, um zu versuchen, die Reparation abzutragen, eine verzweifelte Stimmung aufkommt, weil es nicht gelingen will, dem fürchterlichen Zirkel zu entkommen. Die Regierung ist ehrlich bemüht, alles aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen, was irgend herauszuholen ist, um der finanziellen Bedrängnis Herr zu werden. Aber die Aufgabe scheint über menschliche Kraft hinauszugehen.

Die Feststellung, daß Valutaschwankungen und Inflation die Gesundung der deutschen Finanzen immer wieder und auch diesmal verhindern, hat nun zahlreiche Wirtschaftspolitiker auf den Plan gerufen, die das Stichwort ausgeben: Erst Sanierung der Währung, dann Finanzreform. Die Schaffung stabiler Verhältnisse auf dem Gebiete des Geldwesens wird von ihnen als Vorbedingung einer wirklich erfolgreichen Finanzreform angesehen.

Nach allem Gesagten klingt das gar nicht schlecht. Es ist aber gleichwohl irreführend und schief gesehen. Im Grunde genommen wird hier wieder der alte Fehler begangen, eine Wiederherstellung der Währung für möglich zu halten, bevor die kranke Wirtschaft geheilt ist. Mit Recht hat Max M. Warburg noch auf dem letzten deutschen Bankiertage diese Grundauffassung als irrig abgelehnt. Wenn eine endgültige Genesung herbeiführende Finanzreform immer wieder an Inflation und Valuta scheitert, so beweist das nur, daß ohne gesunde Wirtschaft an gesunde Finanzen nicht zu denken ist. An dieser einfachen Wahrheit muß, mit Strenge festgehalten werden, auf daß keine Kraft an von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilte Lösungsversuche vergeudet wird. Beginnt man bei der Währung, statt bei der Wirtschaft, so gelangt man in äußerster Konsequenz zu Plänen von Utopisten vom Schlage Silvio Gells, die wännen, mittels des Geldes die Wirtschaft aus den Angeln heben zu können.

In diesem Zusammenhange seien einige charakteristische Stimmen zu der im Zuge befindlichen Finanzreform wiedergegeben. Die „Kölnische Volkszeitung“, das Blatt einer der jetzt in der Regierung befindlichen Parteien, schrieb am 14. 8. in Nr. 567: „Die wichtigste aller Finanzfragen ist und bleibt die Lösung des Währungsproblems, das man am Beginn des nächsten Jahres in Angriff nehmen möchte, um damit auch die große Finanzreform zum endgültigen Abschluß zu bringen. Bevor man nicht das Währungsproblem oder richtiger den Stand unseres Papiergeldes im Auslande und damit auch im Inlande stabilisiert hat, solange wird jede wie immer geartete Steuerreform krank sein. Wir glauben, daß die Regierung bei allen Steuersorgen die Lösung des Währungsproblems als ihre vornehmste und wichtigste Aufgabe ansieht.“ Der Verband sächsischer Industrieller erklärte in einer Entschließung zu den neuen Steuern, es erscheine ihm „unaufschiebbar geboten die Stabilisierung der Reichsmark und die tatkräftige Inangriffnahme der Regelung des Währungsproblems.“ In der „Frankfurter

Zeitung“ Nr. 582 vom 8. 8. heißt es: „Nur wenn wir der unheilvollen Papierwirtschaft endlich Einhalt tun und so unserer Mark einen stabileren Wert verschaffen, können die Grundlagen unserer Wirtschaft, der staatlichen wie der privaten, allmählich wieder gefestigt und die Voraussetzungen für einen wenngleich mühsamen und langwierigen, so doch einigermaßen gesicherten Aufstieg geschaffen werden.“

Fragt man, wie denn die Verwirklichung dieser Forderungen gedacht ist, so gehen die Ansichten auseinander. Vorsichtig äußert sich die „Kölnische Volkszeitung“, daß es ohne nachdrückliche Hilfe des Auslandes nicht gehe; sie setzt einige Hoffnung auf den Friedensschluß mit Amerika. Weit verbreitet ist der Glaube, daß die sogenannte „Erfassung der Goldwerte“ das Heilmittel sei, um die Valuta zu befestigen und der Inflation Halt zu gebieten. So liest man zum Beispiel im „Volksblatt“, Bochum, Nr. 193 vom 19. 8.: „Nur wenn das Reich sich selbst in den Besitz von größeren Vermögensobjekten setzt, wird das Vertrauen des Auslandes gestärkt und die Mark gefestigt werden. . . . nur in diesem Falle kann der Kreislauf verlangsamt und schließlich zum Stillstand gebracht werden, den Verbrauchssteuern, Teuerung, Geldentwertung, Valutarückgang, Lohn- und Gehaltserhöhung und neue Verbrauchssteuern usw. darstellen.“ Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 391 vom 20. 8. wird dies näher erläutert: „Gelingt es, den Reichsetat auch nur für einige Jahre zu balancieren, so ist schon sehr viel erreicht. In dieser Zeit kann sich der Geldwert ins Gleiche recken, vielleicht sogar zurückgehen (soll heißen: steigen? Der Verfasser), der dauernde Bedarf des Reiches kann stabil gehalten, ja unter Umständen reduziert werden. In dieser Zeit läßt sich die Währung stabilisieren, und die Wirtschaft sowie das Wirtschaften, von den Gefährnissen der heftigen Valuta- und Konjunkturschwankungen befreit, kann wieder eine wirklich ökonomische Grundlage statt der bisherigen spekulativen erhalten.“

Eine bestechende Argumentation, aber sie ist falsch. Es kann sich nur darum handeln, ob es möglich ist, durch „Eingriff in die Substanz“ dem deutschen Wirtschaftskörper dauernde Gesundheit wiederzugeben. Kann man diese Frage bejahen, so wird die genesene Wirtschaft als eine selbstverständliche Folgeerscheinung auch eine gesunde Währung zeitigen. Welche Anzeichen sprechen aber dafür, daß durch diese Beschneidung des Marks unserer Wirtschaft ihre definitive Heilung herbeigeführt werden kann? Die Gründe für und wider die Erfassung der Goldwerte sollen hier nicht gewürdigt, es soll hier überhaupt nicht zu diesem Problem Stellung genommen werden. Soviel steht jedoch fest, daß sie die Anwendung eines verzweifelten Mittels bedeuten würde, zu dem Zweck, uns über die Reparationsverlegenheiten der nächsten Zeit hinwegzuhelfen. Eine endgültige Lösung der Reparationsfragen ist auf diese Weise ebensowenig zu erzielen wie eine dauernde Beseitigung der Lücke im Staatshaushalt. Dazu bedarf es hinreichend ergiebiger Hilfsquellen, die aus einer gesunden Wirtschaft dauernd strömen; ein einmaliger Eingriff, und sei er noch so unerhört, kann nur für den Augenblick Rettung bringen.

Gelänge es wirklich, die Währung durch dieses Mittel zeitweilig zu stützen, so würde, sobald seine Wirkung vertan wäre und neuer Bedarf für Reparation und Staatsausgaben aufträte, die Täuschung über den vorübergehenden Charakter dieser Befestigung offenbar werden. Die Regierung ist durchaus auf dem richtigen Wege, wenn sie den Maßstab für die aufzubringenden Summen in der deutschen Leistungsfähigkeit — diesen Begriff so weit wie möglich gefaßt — erblickt. Ein Schelm gibt mehr als er hat — das gilt auch für die Reparation. Sollte

sich herausstellen, daß die Kräfte Deutschlands nicht ausreichen, um das feindliche Diktat zu erfüllen, so bleibt uns nichts übrig, als auf bessere Einsicht unserer Gegner zu hoffen. Man vergesse doch nicht, daß die Reparationsfrage nicht in erster Linie wirtschaftlicher, sondern vielmehr politischer Natur ist. Die Politik schreibt der Wirtschaft ihren Lauf vor; dabei muß sie scheitern, wo sie die elementarsten Gesetze der Wirtschaft mißachtet.

In der großen französischen Revolution hat man geglaubt, den „Wert“ der Assignaten dadurch heben zu können, daß man ihnen eine Deckung durch konfiszierte Landgüter gab. Dieser Deckungswahn taucht, wie es scheint, mindestens alle 50 Jahre aufs neue auf, besonders aber in so verwirrten Zeiträumen wie den heutigen. So ist vorgeschlagen worden, die deutschen Noten durch — Kali zu decken. Dann würde das „Vertrauen“ zu ihnen im In- und Auslande steigen, mithin die Valuta sich bessern und die Inflation zurückgehen.

Ähnlich ist auch die „Erfassung der Goldwerte“ mit der Deckung in Verbindung gebracht worden. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 367 vom 6. 8. und in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftsztg.“ Nr. 16 vom 15. 8. äußert sich Erich Dombrowski dahingehend, daß bei Übergang der „Goldwerte“ in das Vermögen des Reiches „die längst völlig unzureichende Golddecke für unsere Noten, die zurzeit im Verhältnis von 1 : 80 steht, durch materielle Sachwerte um viele Milliarden erweitert würde. Die Schatzanweisungen, die das Reich seit der Kriegszeit in immer schnellerem Tempo auszugeben genötigt war und die teils als Pfandunterlage für die aus der Notenpresse herausprudelnden Banknoten dienten, sind imaginäre Werte insofern, als hinter ihnen nur wenig Sachwerte des Reiches: die Verkehrsanstalten, die öffentlichen Gebäude und zur Not die

Steuer- und Zolleinnahmen stehen. Das würde mit einem Schlage anders, wenn das Reich im Besitze eines Fünftels alles Immobilien- und zum Teil auch Mobilienbesitzes daraufhin Obligationen, also fundierte Schuldverschreibungen, ausgeben könnte. Alles weitere ergibt sich dann von selbst: das Zurückgehen der Inflation, die Steigerung des inneren Kurswertes der Mark“

Dombrowski legt bei der Berechnung des Verhältnisses von Golddeckung und Notenumlauf den unberichtigten Reichsbankausweis zugrunde, der den Goldpreis noch wie in der Vorkriegszeit mit 2790 *M* für das Kilogramm fein angibt. In Wirklichkeit ist der Goldpreis seitdem um das 17fache gestiegen, so daß sich die Notendeckung immer noch auf gut 20 % des Notenumlaufs stellt. Die Schatzanweisungen des Reiches im Besitz der Reichsbank haben lediglich die Bedeutung, ihr die rechtlichen Unterlagen für die Notenausgabe zu verschaffen. Wirtschaftliche Bedeutung kommt ihnen überhaupt nicht zu; sie können auch praktisch nicht als Pfandrechte geltend gemacht werden. Daran wird nichts geändert, wenn zu den Verkehrsanstalten, öffentlichen Gebäuden usw. jetzt noch die „erfaßten“ Sachwerte hinzukommen. Am Kern der ganzen Frage sieht Dombrowski vorbei: Durch die Sachwertdeckung wird die Vermehrung der Geldzeichen nicht eingeschränkt; sie bildet keinen rationellen Maßstab für die Ausgabe neuen Geldes und die Höhe des bereits im Umlauf befindlichen. Keine Deckung in Sachwerten wird ein weiteres Sinken der Valuta verhindern, solange infolge ungünstiger deutscher Zahlungsbilanz die Verhältnisse von Angebot und Nachfrage auf den Valutamärkten für Deutschland unbefriedigend liegen. Keine solche Deckung vermag Inflation und Teuerung einzudämmen, solange sie nicht verhindert, daß neue Massen von Geldzeichen kaufend zu Markte gehen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Alkohol und Eingeborene Westafrikas vor, in und nach dem Kriege

Die deutsche Unfähigkeit zu kolonisatorischer Kulturarbeit war bekanntlich der selbstlose Grund, weshalb die Zwingherren der Friedenskommission von Versailles gemäß dem 5. der auch von ihnen als Verhandlungsgrundlage anerkannten 14 Wilsonschen Punkte den überseeischen deutschen Besitz raubten. So erfüllte sich die koloniale Zusicherung („the free, open-minded and absolutely impartial adjustment of all colonial claims“) unserer von Wilson geführten Feinde. Auch das Alkoholproblem ist zum Scheinbeweis von der deutschen kolonisatorischen Minderwertigkeit herangezogen worden. Es ist also sicher zu erwarten, daß wenn eines Tages eine Revision der jetzigen Kolonialverteilung auf der Welt erzwungen wird, man auch diese Unwahrheit wieder aufischt, so daß es gilt, fortlaufend über die Tatsachen unterrichtet zu sein. Die Alkoholfrage stellt zudem eins von den Problemen dar, bei denen uns möglich ist, dem objektiven Urteil der ganzen Welt einen tatsächlichen Vergleich zwischen unserer und der von den feindlichen Nachfolgern geübten Praxis zu unterbreiten. Vom gesamten deutschen Kolonialgebiet Afrikas und der Südsee gab es eine Alkoholfrage für den Eingeborenen überhaupt nur für Togo und Kamerun, die ein Fünftel des Gesamtbesitzes darstellen; und die Bekanntschaft mit dem Schnaps hatten keineswegs wir ihnen vermittelt, sondern sie lag lange vor unserer Schutzherrschaft. Als zahlenmäßige Grundlage zur Beurteilung ihrer Einfuhr von Schnaps, ihrer Teilnahme am Gesamtmarkt und ihres Wertes möge die umstehende, über einen Zeitraum von acht Jahren zusammengestellte Tabelle gelten.

Das hauptsächlichste Hemmnis nun, das sich dem Bestreben der deutschen Kolonialverwaltung, den Schnaps vom Eingeborenen fernzuhalten, entgegensezte, war die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens aller Beteiligten, um Grenzschmuggel auszuschließen und den Firmen die Möglichkeit zu geben, den auf Alkoholhandel beruhenden Teil ihres Geschäfts umzustellen. Der Weg der internationalen Konferenz wurde als der einzige verheißungsvolle beschritten im Jahre 1906 in Brüssel, wo man den grundlegenden, von allen sogenannten „Mächten des Kongobeckens“ angenommenen doppelten Entschluß faßte, die bisher alkoholfreien Gebiete schnapsfrei zu halten, für die bereits verseuchten aber mit einem Einfuhrzoll von 100 fr für 1 hl eines 50%igen Getränkes zu beginnen und ihn periodisch zu erhöhen.

Die beteiligten Staaten Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Portugal führten diese Beschlüsse, wodurch $\frac{2}{3}$ Kameruns und $\frac{1}{4}$ Togos unter das Sperrgebiet fielen, aus. Ja, die deutsche Kolonialverwaltung ging — als einzige — freiwillig über diese Verpflichtung hinaus, sowohl durch Transportbeschränkung als auch durch weitere Zollerhöhung. Auch noch die zweite Brüsseler Tagung 1910 verlief unter gemeinsamer Beschlußfassung für den weiteren Ausbau des Programms von 1906. Indessen schon im Jahre 1912 ging die Einigkeit in die Brüche. Wohl erhoben Deutschland und England wieder die übereinstimmende Forderung sofortiger Zollerhöhung. Frankreich lehnte indessen für Äquatorialafrika eine Erhöhung ganz ab, für seinen übrigen Besitz be-

willigte es eine geringe Steigerung. Auf Festlegung von Verbotszonen ging es ebenfalls nicht ein. Trotz des Versagens der Franzosen ging Deutschland in seinem planmäßigen alkoholgegnerischen Handeln in Kamerun unbeirrt weiter; in Togo allerdings mußte die nahe Dahomey-Grenze mit der Möglichkeit des Schnapsschmuggels das Handeln beeinflussen. Der Erfolg war der, daß trotz ungemein erleichterter Verkehrsbedingungen infolge Bahn- und Straßenbau doch der Schnapshandel nicht nur nicht zunahm, sondern bei Kriegsbeginn erheblich gegen früher gesunken war. Vorwürfe im einzelnen, wie sie

von unseren Feinden gegen uns vorgebracht waren, wurden (August 1915) in einem Weißbuch unserer Regierung einwandfrei widerlegt.

Bei Kriegsausbruch standen also die Dinge so, daß in Kamerun $\frac{2}{3}$ des Landes gesperrt, im übrigen ein Zoll von 300 M = 375 fr in Kraft war. Deutschland marschierte demnach vor England und erst recht weit vor Frankreich. In Togo waren wir gezwungen, uns mit 100 fr Einfuhrzoll der Höhe des benachbarten französischen anzupassen.

Jahr- gang	Schutz- gebiet	Schnaps- einfuhr nach der Menge in 1000	Also prozentuale Zunahme %	Nach dem Wert M.	Prozen- tuale Zu- nahme %	Wert der gesamten Einfuhr M.	Prozen- tualer Schnaps- anteil %	Wert des Gesamt- handels M.	Prozen- tualer Schnaps- anteil %	Statt- gefundene Zoll- erhöhung	Bemerkungen
1899	Kamerun	11 $\frac{1}{2}$		800 000		11 000	7 $\frac{1}{2}$	27 000	3	1. 8.	
	Togo ...	1		634 000		3 250	20	5 860	11		
1900	Kamerun	11 $\frac{1}{2}$	Geringe Abn.	800 000		14 250	5 $\frac{1}{2}$	35 500	2,2		
	Togo ...	0,762	— 26	480 000	— 26	3 500	14	6 575	7,3	8. 7.	Die weitaus bei der Einfuhr vorherrschende Art des Schnapses war ein im Alkoholgehalt ungemein hochwertiger, in allen übrigen Eigenschaften minderwertiger „Gin“. In dessen war er nicht schlechter wie viele Erzeugnisse für die europäische Kehle.
1901	Kamerun	11 $\frac{1}{4}$	— 15	610 000	— 29	9 250	6 $\frac{1}{2}$	24 500	2,4		
	Togo ...	0,850	+ 12	950 000	+ 98	4 720	20	8 400	1		
1905	Kamerun	11 $\frac{1}{10}$	— 11	500 000	— 18	13 300	3,7	36 000	1,4	1. 4. 04	
	Togo ...	0,440	— 48	495 000	— 47	7 760	6,2	11 720	4,1	1. 12. 04	
1906	Kamerun	11 $\frac{1}{10}$	+ 33	600 000	+ 20	13 300	4,6	36 500	1,6		Wert durch Einfuhrzollsteigerung stark erhöht.
	Togo ...	0,940	+ 113	590 000	+ 10	6 430	9,2	10 630	5,9		
1907	Kamerun	11 $\frac{1}{10}$	— 10	630 000	+ 5	17 300	3,7	33 200	1,9	20. 4. 07	
	Togo ...	0,677	— 26	400 000	— 32	6 700	6	12 600	3	5. 6. 07	
1910	Kamerun	11 $\frac{1}{10}$ Reichl.	— 20	580 000	— 2	25 600	2,3	45 500			
	Togo ...	0,881	+ 30	555 000	+ 38	10 800	5	18 040	3,1		
1911	Kamerun	11 $\frac{1}{10}$ knapp	Geringe Abn.	637 000	+ 10	29 300	2,2	50 570			
	Togo ...	11 $\frac{1}{4}$	+ 38	770 000	+ 38	9 620	8	18 940	4,1	Für 1912 Zollerhöhung	

Es besteht also für unsere Feinde keinerlei sachlicher Grund, in pharisäischer Überhebung unsere Behandlung dieser Frage zu verurteilen; umsoweniger, als sie selbst sich durchaus keines reinen Gewissens dabei rühmen konnten. Anstatt meines Urteiles möge das eines politischen Feindes, eines Engländer, John Harris, wiedergegeben sein, das er 1912 über das eigene und das französische Gebahren auf dem Gebiete des Eingeborenenschnapses fällt. ¹⁾ „Der allgemeine Eindruck ist der, daß in der Branntweinfrage die britische Verwaltung die schlimmste in der Welt ist, und daß ihr Rekord hierin ohne weiteres anzuerkennen sei; aber ich bin sicher, daß ihre Moral sie behüten wird, so tief zu fallen wie die französische Verwaltung, die zweifellos darin die rückständigste in Äquatorialafrika ist! Obwohl Frankreich heute die große Gefahr des Absinths im Mutterlande kennt, sieht es doch ruhig zu, wie die Kongo-Eingeborenen in die kleinen Schnapsläden strömen, wo sie für 25 Cents ihre „Nippes“ kaufen, die nach der Versicherung ihrer eigenen Verkäufer das schlimmste Getränk ganz Westafrikas sind.“

Der klare, von bestem Erfolge gekrönte modus procedendi gegen den Schnaps änderte sich mit Kriegsausbruch von Grund auf. Aus der ersten Zeit bis 1915 läßt sich kein richtiges Bild gewinnen, abgesehen von dem Bestreben der Feinde, sich die Gunst der Eingeborenen u. a. auch dadurch zu erwerben, daß sie diejenigen deutschen Verordnungen, die ihnen unangenehm waren, aufhoben. Seit 1916 spielt in der planmäßigen feindlichen Propaganda zum Beweise unserer kolonialen Unwürdigkeit auch der Vorwurf, die Eingeborenen mit Schnaps verseucht zu haben, eine große Rolle.

Demgegenüber hätte man als ganz selbstverständlich annehmen müssen, daß unsere Feinde von dem Augenblicke an, wo wir die öffentliche Meinung der ganzen Welt in dieser Frage gegen uns aufboten, selbst in den nun glücklich von deutscher Barbarei und Schnapsverseuchung befreiten Kolo-

nien gezeigt hätten, wie man es besser macht. Aber nicht die Spur davon! Im Gegenteil, zum Pharisäertum gesellte sich der Zynismus und die an uns schwer gerügte kulturelle Verfehlung an den Naturmenschen blieb nicht nur unbeseitigt, sondern erst kaum bemerkt, aber allmählich immer höher steigend wurde von denselben Völkern, die als Sittenrichter gegen uns auftauchten, die eigenen und auch unsere ehemaligen deutschen Schutzgebiete unter eine Schnapsüberflutung gesetzt, wie sie bisher dort nicht ihres gleichen gehabt hat. Schon in der Mitte der Kriegsjahre scheint sie eine recht erhebliche Höhe erreicht zu haben; dadurch, daß an Stelle Deutschlands mit seinem beschränkten Anteil an der Einfuhr sehr bald ein bisher überhaupt noch nicht im Schnapshandel an der Afrikaküste erscheinener Kulturstaat mit Hochdruck das Versäumnis früherer Jahre nachholte: die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Daß sie die Kriegsverlegenheit der Europäerstaaten auch im afrikanischen Schnapshandel zu ihren Gunsten ausbeuten würden, konnte den Kenner kaum überraschen, aber der Umfang, in dem es binnen kurzem geschah, ist auch für diesen erstaunlich. Nach amtlichen eigenen Berichten haben die Amerikaner 1916 bis 17 ihre gesamte Alkoholausfuhr annähernd verzehnfacht. Ihr Jahreswert erreichte damit 60 Mill. Gallonen (1 Gallone = 4 $\frac{1}{2}$ l). Ein reichliches Drittel dieser Menge beglückte die afrikanischen Neger. Die Engländer erzielten in Afrika ähnlich glänzende Erfolge auf alkoholischer Basis, denn in ihrem Ostafrika hatten sie 1916/17 allein durch Schnapsabgaben und andere dem Handel auferlegte Belastungen reichlich 162 000 £. $\frac{9}{10}$ dieser Handelsware kam aus England. Im Jahre zuvor hatte man noch nicht ganz 100 000 £ erreicht.

Ein Jahr und mehr ging ins Land, ohne daß die Vereinbarungen von St. Germain bei den Franzosen Gesetz geworden, das heißt von Deputiertenkammer und Senat bewilligt worden wären. Inzwischen vollzog sich in den westafrikanischen französischen Besitzungen ein bunter Wechsel von Verboten, Einschränkungen, Erweiterungen, Ergänzungen usw. Nur eine

¹⁾ John Harris: „Dawn in the darkest Afrika“. London 1912.

Anordnung wurde eine Zeitlang zur gesetzlichen Maßnahme aller: „Das völlige Einfuhrverbot fremden Schnapses“. Das wäre ein erfreulich radikales Verbot, wenn nicht der Hinterhalt in dem Wort „fremd“ läge! Der französische Schnaps konnte weiter nach Herzenslust herangebracht werden und wurde es auch. Aber selbst diese gesetzliche Scheinbeschränkung hatte nur eine kurze Blüte, und von neuem warfen die Schiffe aller in Westafrika seefahrenden Nationen um die Wette ihre Schnapsladungen an die Küste. Selbst den französischen Firmeneinhabern fingen jetzt an, die Haare zu Berge zu stehen bei den Berichten, die von ihren Angestellten einliefen. Zwei solcher Klagebriefe aus Bassam und Dahomey, welcher letzterer also auch für unser Togo zutreffen wird, von Ende 1920 teilt die „Dépêche coloniale“ mit. L'alcool nous tue, heißt es da. Il coule à pleins bords. Une véritable folie d'alcool a gagné nos populations côtières et s'étend rapidement à l'intérieur. Der Alkohol tötet uns. Er fließt in Strömen, und ein wirklicher Alkoholwahn hat unsere Küstenbevölkerung ergriffen, der sich rasend nach dem Innern zu verbreitet. Allein die Menge des in Fässern eingeführten Schnapses (nicht eingerechnet die ebenfalls bedeutende in Flaschen) wird für 1920 auf 1 300 000 l für Dahomey angegeben. Da es vor dem Kriege kaum 400 000 waren, hat er sich also verdreifacht. Entsprechend heißt es aus Bassam: Niemals wurde so gesoffen wie jetzt hier bei uns. Nun muß man bedenken, um diese Tatsache voll würdigen zu können, daß außer dem allgemeinen Ententeabkommen in St. Germain im April 1920 eine französisch-englische Konferenz in London zur Lösung afrikanischer Fragen getagt hatte, deren erste und den breitesten Raum einnehmende aber die Alkoholfrage war. Nach mehrtägiger Debatte lagen drei verschiedene Resolutionen zur Abstimmung vor, darunter zwei diametral entgegengesetzte. Als Vertreter der „Extremisten“ verlangte Thomas Welsch klar und eindeutig das radikale Verbot von Einfuhr und Verkauf an Eingeborene. Seine Gefolgschaft war minimal. Ihm gegenüber befürwortete die vom bekannten englischen Großkaufmann John

Holt, der so manche Faktorei auch in Kamerun unterhielt, eine „gemäßigte“ Politik der „Beschränkung“; nicht des Verbotes. Eine eigenartige dritte, aber nicht unsympathische Resolution von Bohn, dem Vertreter der Union coloniale verlangte volles Verbot für gebrannte (destillés) und Freigabe für gegorene Getränke, was sehr nahe einem vollen Verbot für die Eingeborenen gleichgekommen wäre, da sie nur ausnahmsweise dem gegorenen Bier und Wein Geschmack abgewinnen. Nach einigen Tagen wurde glücklich ein Vermittlungsantrag angenommen, der praktisch genommen nichts als ein vollkommenes Flasko darstellt. § 1 sagt, daß die Konferenz „Beschränkungsmaßnahmen“ für Einfuhr und Verkauf für erwünscht halte. § 2 gestattet ausdrücklich die Einfuhr von Bier und Wein, außer wo sie bereits verboten ist. § 3 verbietet alle „schädlichen“ Alkoholika (nuibles). Als wenn es nicht wesentlich auf die Menge ankäme die schädlich wirkt. § 4 beschränkt die Einfuhr durch Zollerhöhung. § 5. Der Zoll soll möglichst nicht niedriger sein als 15 s für die Gallone = 4½ l.

Mit diesem letzten Paragraphen schlug man einen Einfuhrzoll beinahe genau in der gleichen Höhe vor, wie ihn vor Kriegsbeginn England und wir bereits praktisch durchgeführt hatten, und der jetzt nach acht Jahren unter unserer Schutzherrschaft natürlich schon weit darüber hinaus gestiegen wäre. Man ist also seit der Vertreibung der „Hunnen“ aus Afrika keinen Schritt weiter gekommen. Im Gegenteil! Im Oktober 1920 ging durch die englische Presse ein Brief des erwähnten englischen Sachverständigen Welsch, in dem er mit nüchternen Worten die Feststellung macht, daß fünf Dampferlinien von Holland nach Westafrika Frachten fahren und zwar ausschließlich „Spirituosen“.)

Prof. Dr. L. Külz

1) Bei Drucklegung werden zwei neueste Entscheidungen zur Alkoholfrage in Westafrika bekannt: 1. In der Parlamentssektion für Togo-Kamerun wird die Frage, ob man nach den Versailler Abmachungen den Alkohol verbieten soll oder nach denen von St. Germain nur den Handelsschnaps, zugunsten des letzteren beantwortet mit Hinzunahme eines hohen Einfuhrzolles; 2. Wird von einem allgemeinen Verbot des westafrikanischen Generalgouverneurs Marlin berichtet, der radikal jede Spirituosen einfuhr sowie Handel und Genuß desselben verbietet, aber (!) nur für die Handelsware, nicht jeden Alkohol schlechthin, wie z. B. den Palmwein! Der Verfasser.

Deutschland

Der Außenhandel im Mai 1921

Unter vorläufiger Zurückstellung der Monate Januar bis April 1921 hat das Statistische Amt nunmehr die Außenhandelsergebnisse vom Mai d. J. veröffentlicht.

Meng. in Mill. dz, Wert in Mill. M.	Einfuhr		Ausfuhr				Durchschn.- wert d. Ausf. in M. je dz.		Stoerung 1913 =	+ Ausfuhr-, — Ein- fuhrüberschuss	
	Menge		Menge		Wert		der Mengen				
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913			
Jan./Juni	83,9	346,7	89,5	359,7	28613	4987	320	14	23	+ 5,6	+ 13,0
Juli	17,4	63,4	20,9	62,6	6190	861	296	14	21	+ 3,5	— 0,8
Aug.	15,1	64,5	19,1	59,6	6033	785	316	13	24	+ 4,0	— 4,9
Sept.	16,8	63,9	18,4	64,5	6418	875	349	14	26	+ 1,6	+ 0,6
Okt.	17,6	68,4	14,9	64,7	6494	900	435	14	31	— 2,7	— 3,7
Nov.	17,6	63,1	17,7	60,5	7913	811	447	13	33	+ 0,1	— 2,6
Dez.	20,1	58,2	17,6	65,9	7863	963	447	15	31	— 2,5	+ 7,7
Jan./Dez.	188,5	728,2	198,1	737,5	69524	10182	351	14	25	+ 9,6	+ 9,3
	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1913		1921	1913
Mai..	15,3	59,4	11,4	57,8	4512	827	396	14	28	— 3,9	— 1,6

Im Vergleich zum Dezember sind im Mai Einfuhr sowie Ausfuhr stark zurückgegangen, erstere um 23,9 v. H., letztere um 35,2 v. H., die Werte der Ausfuhr sogar um 42,3 v. H. Gegenüber den entsprechenden Zahlen des Jahres 1913 betrug die Einfuhr im Dezember 34,5 v. H., im Mai nur noch 25,8 v. H., ebenso zeigte die Ausfuhr einen Rückgang von 29,1 auf

19,7 v. H. Das Verhältnis der Ausfuhrwerte von 1913 und 1920 ging von 1 : 8,2 auf 1 : 5,5 zurück.

Diese allgemeine Verschlechterung der deutschen Außenhandelslage, die sich auch im einzelnen auf fast alle Warengruppen erstreckt, ist ein Zeichen der in der ganzen Welt bestehenden Absatzkrise, die für uns durch die Sanktionen in erheblichem Maße verstärkt wurde. Die Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete und die Kontrolle des Emser Ein- und Ausfuhramts hatten starke Hemmungen des Handelsverkehrs zur Folge. Nach „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8, ist z. B. die Ausfuhr organischer Farbstoffe, deren Fabrikation zum weitaus größten Teil ihren Sitz im besetzten Gebiet hat, um 59,3 v. H. zurückgegangen, gegen 28,2 v. H. bei anderen Farben und Farbwaren, deren Herstellung sich über ganz Deutschland verteilt. Auch der Rückgang der oberschlesischen Kohlenförderung hat teils direkt auf die Ausfuhr von Kohle, teils indirekt durch die Lahmlegung mancher Industrien schädigend gewirkt. Die Ausfuhr von fossilen Brennstoffen, die im Dezember 1920 8,1 Mill. dz betrug, war im Mai d. J. auf 3,8 Mill. dz zurückgegangen.

Die Verteilung der Ausfuhr nach den verschiedenen Ländern der Erde hat im Mai einige bemerkenswerte Verschiebungen erfahren:

	Januar/August		Mai	
	1913 %	1920 %	1921 %	Mill. M.
Europäische Länder.....	76,0	82,8	80,0	3600,0
davon: Niederlande.....	6,9	21,2	16,3	735,9
Dänemark.....	2,8	6,1	6,2	282,0
Österreich.....	—	—	6,2	279,6
Schweiz.....	5,3	9,2	5,9	268,6
Italien.....	3,9	3,0	5,2	237,2
Schweden.....	2,3	7,1	5,1	228,0
Großbritannien.....	14,3	6,4	4,2	189,1
Tschecho-Slowakei.....	—	—	3,9	174,9
Spanien.....	1,4	2,5	3,4	153,7
Belgien.....	5,4	3,1	3,3	151,0
Saargebiet.....	—	—	3,3	150,8
Norwegen.....	1,6	3,0	2,2	100,6
Estland, Lettland, Litauen	—	—	2,1	94,6
Frankreich.....	7,8	3,0	1,8	80,2
Elsaß-Lothringen.....	—	—	0,4	17,0

Außereuropäische Länder	Januar/August		Mai	
	1913 %	1920 %	1921 %	Mill. M.
davon: Ver. Staaten von Amerika	7,1	7,1	7,1	319,2
Südamerika.....	—	—	5,1	230,0
Südostasien.....	—	—	3,0	137,2
Ostasien.....	—	—	2,5	111,8

Vor allem hat sich der Anteil der außereuropäischen Länder gehoben, was auf eine Wiederaufnahme direkter Handelsbeziehungen mit Südamerika, Ost- und Südostasien schließen läßt, da die Aufnahme der Vereinigten Staaten nach wie vor 7,1 v. H. betrug. Entsprechend hat der Anteil der Niederlande, der in der Hauptsache Durchfuhr darstellt, von 21,2 auf 16,3 v. H. abgenommen.

H. F. Z.

Schweden

Die Handelsbilanz des ersten Halbjahrs — Besserung des Handelsausweises seit Juli, steigender Eisenerzexport — Notlage der Eisenindustrie und der Schifffahrt — Arbeitslosigkeit und wachsender Geldbedarf des Staates, mangelhafter Anleiherfolg — Reichsbankausweis, steigende Valuta — Kursrückgänge an der Börse

Stockholm, Anfang September 1921.

Die im Laufe dieses Monats veröffentlichten Ziffern der schwedischen Handelsbilanz für das erste Halbjahr weisen im Verhältnis zur gleichen Periode des Vorjahres sowohl für den Export wie für den Import einen kräftigen Rückgang auf. Der Wert des Außenhandels war in Mill. K nach Monaten geordnet:

	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhrüberschuß	
	1920	1921	1920	1921	1920	1921
Januar...	238,0	122,3	126,8	91,2	111,2	31,1
Februar...	282,1	116,2	106,0	88,7	176,1	27,5
März.....	301,1	98,9	150,5	75,2	150,5	23,7
April....	266,9	105,5	163,7	68,8	103,3	36,7
Mai.....	314,2	94,9	227,1	82,1	87,1	12,8
Juni.....	283,3	93,2	223,5	68,5	59,8	24,7
	1685,6	631,0	997,6	474,5	688,0	156,5

Aus diesen Ziffern ist eine an sich erfreuliche Verbesserung der Handelsbilanz mit 531 Mill. Kr zu ersehen, der Import ist gegen das erste Halbjahr 1920 mit 62 %, der Export jedoch nur mit 52 % zurückgegangen, doch zeigen sie auch deutlich den Stillstand in Handel und Industrie, der das bis dahin so aussichtsvolle Geschäftsleben vor ungeahnt schwere Aufgaben gestellt hat. Die Ziffern der beiden letzten Monate geben noch ein besonders ungünstiges Bild, da in deren Verlauf der Beginn der Holzvers Schiffungen fällt, womit unter normalen Verhältnissen ein starkes Steigen der Kurve für den Export gegeben wäre. Noch deutlicher tritt die Tendenz zutage, wenn man den Zahlen für die einzelnen Warengruppen nachgeht. Es sei nur erwähnt, daß der Holzexport gegen 1920 von 203 auf 43 Mill., der Export von Zellulose und Papier von 314 auf 87 Mill. zurückging. Besonders schwer hatte es die Eisen- und Stahlindustrie, die nur 57 250 t gegen 121 600 t im Jahre 1920 ins Ausland absetzen konnte.

Der Juni scheint jedoch den Tiefstand für Schweden bedeutet zu haben, denn die für den Juli vorliegenden Ziffern geben im großen und ganzen ein freundlicheres Bild. Es wurden verschifft bearbeitete Hölzer 30 400 Standards gegen 18 800 Standards im Juni, Zellulose 44 574 t gegen 17 045 t im Juni, Papier 18 000 t gegen 12 000 t im Juni. Gegenüber normalen Ziffern bedeutet diese Besserung noch

nicht viel, wenn man berücksichtigt, daß sonst 150—200 000 Standards Holz und etwa 125 000 t Zellulose als Durchschnitt gelten. Eine Steigerung gegen das Vorjahr weist eigentlich nur die Verschiffung von Eisenerzen auf, die ein Plus von 660 000 t für die ersten 7 Monate des laufenden Jahres gegen den entsprechenden Zeitabschnitt 1920 ergeben. Der weitaus bedeutendste Abnehmer für schwedisches Eisenerz ist nach wie vor Deutschland, ein Faktum, das hier um so eher mit gemischten Gefühlen festgestellt wird, als die Konkurrenzunfähigkeit der schwedischen Veredelungsindustrie der deutschen gegenüber, wenigstens unter den derzeitigen Umständen, immer deutlicher hervortritt. Die schwedischen Werke befinden sich infolge des hohen Valutastandes in einer verhängnisvollen Lage. Im Juli gelangten an Eisen- und Stahlprodukten nur 6250 t zur Verschiffung, die niedrigste Ziffer seit langen Zeiten, und von den 134 Hochöfen sind 114 zurzeit abgeblasen. Durch kräftige Lohnreduzierungen ist man jedoch nunmehr imstande, eine weitere Reduzierung der Preise eintreten zu lassen. Roheisen bedingt zurzeit einen Preis von 135 K pro t gegenüber etwa 400 K in den Zeiten der Hochkonjunktur 1920.

Soweit sich die Entwicklung des Marktes im laufenden Monate beobachten läßt, scheint der Konjunkturaufschwung für die meisten schwedischen Standardartikel anzudauern. Zum wenigsten deuten die etwas optimistischer gefärbten Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten darauf hin. So hat auch die im letzten Bericht erwähnte Sprengung des Kartells der Holzmagnaten nicht eine kopflose Panik zur Folge gehabt, wie man dies im ersten Augenblick wohl befürchtet hatte. Soweit Abschlüsse getätigt sind, lassen diese allerdings wohl nach Berücksichtigung aller Produktionskosten kaum eine Marge, doch zeigen die Lieferanten im allgemeinen — durch die Banken gestützt — wenig Neigung, ihre Bestände zu Unterpreisen abzugeben, um so weniger, als Kaufbedürfnis — von Frankreich ausgehend — sich geltend macht und Aussichten, einen angemessenen Preis zu erzielen, vorhanden sein dürften.

Im übrigen geht der Anpassungsprozeß der Industrie an die veränderten Konjunkturverhältnisse langsam und ohne größere Reibungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern langsam

von statten. Die Herabsetzung der Löhne schwankt zwischen 20 und 50 %, und man hofft nunmehr, den Konkurrenzkampf mit den valutaschwachen Ländern eher aufnehmen zu können. Betrübt ist nach wie vor die Lage der schwedischen Schifffahrt. Der Prozentsatz der aufgelegten Tonnage stieg vom Dezember 1920 — mit etwa 10 % — ununterbrochen, um im Juni, einem schwarzen Monat auch für die Reeder, bis auf 45 % zu steigen. Im Juli brachte die Beendigung des englischen Kohlenstreiks eine vorübergehende Besserung. Die andauernde Weltkrise im Transportwesen macht jedoch einen auch nur die Unkosten deckenden Betrieb nahezu unmöglich, so daß die Reeder recht skeptisch in die Zukunft schauen. Unterdessen versuchen sie, einen Teil ihrer Tonnage entweder zu verpachten oder zu verkaufen, in den meisten Fällen an Deutschland, und erhalten nach anfänglichem Sträuben auch im allgemeinen die Genehmigung der Behörden zu diesen Transaktionen, die eigentlich nur zur Bedingung stellen, daß innerhalb eines angemessenen Zeitraums die abgewanderte Tonnage durch neue ersetzt wird, eine Forderung, der schon dadurch nachgekommen wird, daß die in der Hochkonjunktur bestellten Bauten noch abzunehmen sind. Die in der letzten Zeit von Deutschland erlassenen Einschränkungen im Ankauf ausländischer Tonnage haben diese Möglichkeit der Sanierung allerdings außerordentlich beschnitten.

Die sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergebende Arbeitslosigkeit — seit Januar 1921 ununterbrochen steigend, um im Juni 27,9 % der in Gewerkschaften zusammengekommenen Arbeiter auszumachen — kostet den Kommunen und damit dem Staate, auf den die ersteren ihre Auslagen bis zu einer bestimmten Grenze abwälzen können, große Summen, die auf dem Anleihewege beschafft werden müssen, nachdem auch die Einnahmen des Staates an Zöllen usw. geringer geworden sind. Wie im letzten Berichte erwähnt, ist eine Prämienobligationsanleihe aufgelegt worden, deren 6 % Verzinsung in Form von Gewinnen an die Inhaber zur Auszahlung gelangt. Trotz der großzügigen Reklame und der Unterstützung von seiten der Presse scheint die Anleihe nicht die erwartete Aufnahme beim Publikum gefunden zu haben, wenigstens sind irgendwelche offiziellen Ziffern, aus denen man auf den Erfolg der Anleihe schließen könnte, bisher nicht veröffentlicht worden. Eine 6 % Obligationsanleihe vom gewöhnlichen Typus dürfte jedenfalls nicht allzulange auf sich warten lassen.

Diesem gesteigerten Geldbedürfnis von seiten des Staates stehen umso geringere Ansprüche seitens der Geschäftswelt gegenüber, und die vier Wochenrapporte der schwedischen Reichsbank spiegeln die Geschäftsmüdigkeit und -stille deutlich wieder.

Ihr Bestand an inländischen Wechseln ging stetig von Woche zu Woche von 414 Mill. zu Beginn des Monats auf 376 Mill. Kr Ende August zurück und entsprechend verringerte sich auch der Notenumlauf von 620,5 auf 585,2 Mill. Kr. Die Ziffern per Ende August 1920 ergaben einen Bestand an inländischen Wechseln von 598 Mill. und einen Notenumlauf von 694,6 Mill. Kr. Die Golddeckung ist auf 48,6 % gestiegen, ein so günstiger Prozentsatz, wie er seit Jahren nicht erreicht ist. Im Zusammenhang hiermit dürfte die günstige Ent-

wicklung der schwedischen Valuta zu bringen sein, die nach vorübergehender Abschwächung im Juli wieder kräftig anzog. Der Dollar, der am 1. 8. noch 489 notierte, fiel im Laufe des Monats gleichmäßig, auf 463 am Ultimo. Verhältnismäßig gering waren die Schwankungen in der Notierung für Pfund Sterling, und es ist daher nicht zu verwundern, daß diese Währung bei Abschlüssen ausländischer Geschäfte bevorzugt wird und ihre Stabilität auf den Handel mit England einen sehr günstigen Einfluß ausübt.

An der Börse hat die im Juni und Juli eingetretene Erholung nicht angehalten und der August brachte Kursrückgänge auf der ganzen Linie, wenn diese sich auch im allgemeinen in engeren Grenzen hielten, was sich am deutlichsten aus dem Kurswert sämtlicher an der Börse notierten Papiere ergibt, der im Laufe des Monats von 2408 auf 2374,66 Mill. Kr zurückging. Die Stille des Geschäftslebens, die günstigen Ausweise der Staatsbank, der Stand der Valuta sowie die Abschwächung an der Börse sollten eine weitere Diskontherabsetzung als gegeben erscheinen lassen, und von seiten der Industrie wird hierauf auch lebhaft gedrungen, wobei letztere u. a. auch darauf hinweist, daß Länder, die sich in ähnlicher ökonomischer Lage befänden, zum Beispiel Schweiz und Holland, kräftige Diskontherabsetzungen vorgenommen und so für die Notlage ihrer Industrien größeres Verständnis an den Tag gelegt hätten. Der größte Widerstand wird diesen Bestrebungen seitens der Großbanken entgegengesetzt, die darauf hinweisen, daß der Rückfluß der ausgeliehenen Gelder nur äußerst langsam erfolgt und die Einlagen eher eine Verminderung aufweisen. So berechtigt das erstere Argument auch erscheint — im Juli sind die von den Privatbanken ausgeliehenen Gelder sogar um 20 Mill. auf 4787 Mill. Kr gestiegen und die Rediskontierungen der Banken machen 5 % des Gesamtumsatzes gegen nur 3 % vor dem Kriege aus — so dürfte der Rückgang der Einlagen doch in erster Linie durch die, günstige Anlagemöglichkeiten bietenden, Emissionen von Industrie- und Staatsobligationen begründet sein, und der Widerstand der Privatbanken dürfte u. a. auch darin seine Ursache haben, daß diese eine Abwanderung der Spargelder, die durch eine weitere Herabsetzung der gewährten Zinsen wahrscheinlich würde, befürchten. Die Stellung der Privatbanken würde hierdurch ungünstig beeinflußt werden und eine weitere Einschränkung der Kreditgewährung an die Industrien wäre die Folge, so daß diese in letzter Linie doch wieder die Leidtragenden wären.

Entsprechend der beginnenden Stabilisierung der Preise für Lebensmittel auf dem Weltmarkt ist auch der Lebensmittelindeks für Schweden nicht mehr in dem bisherigen Tempo gesunken; so brachte der Juli ein Minus von nur zwei Einheiten gegenüber dem Juni, von 234 auf 232 %. Der August dürfte mit Rücksicht auf den starken Rückgang der Kohlenpreise vielleicht noch eine leichte Abschwächung bringen, wenn auch ein Teil der Warengruppen eher eine leichte Aufwärtsbewegung zeigen dürfte.

Im übrigen spielt die Handelspolitik in der Agitation für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag eine bedeutende Rolle, und zwar in erster Linie die Frage der Schutzzölle. Ich behalte mir vor, in einem folgenden Artikel hierauf näher einzugehen.

G. M. Fritze

Rußland

Der Rückfall in den radikalen Kommunismus — Auflösung des Allrussischen Hilfskomitees — Erneuter Terror — Anwachsen der Hungerkatastrophe

Es ist an dieser Stelle bereits mehrfach auf die Differenzen innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands hingewiesen worden. Die von Lenin geführte Gruppe ist seit Monaten aufs eifrigste bemüht, einen versöhnlichen Kurs einzuschlagen, der die politischen Gegensätze zwischen dem Sowjetismus und dem Bürgertum wenigstens versuchsweise auszugleichen bestrebt ist, um den Wiederaufbau Rußlands einleiten zu können. Lenin hatte sich nicht gescheut, offen zuzugeben, daß die Wirtschaftspolitik des Kommunismus zu einem völligen Bankrott geführt habe und schleunigst aufgegeben werden müsse; er wandte sich an die Spezialisten, Techniker, ehemaligen Betriebsleiter und Unternehmer und forderte sie zur Mitarbeit auf; er ging schließlich zu Taten über und dekretierte die Zulassung des freien Handels und des Privatbesitzes, beschloß die Verpachtung industrieller Unternehmungen an die ehemaligen Besitzer, er hob die Nationalisierung der Privathäuser, der Binnen- und Flußschifffahrt usw. auf. Sein großzügiges Programm der praktischen Einsichten, das man „Produktionsdemokratie“ nannte, fand jedoch den heftigsten Widerstand. Die unentwegten und unbelehrbaren Kommunisten vom Schlage Trozkis wetterten von Anfang an gegen das „kleinbürgerliche Ideal“ seines Staatskapitalismus und erklärten, keine Kompromittierung des Kommunismus zulassen zu wollen. Da diesen Theoretikern die Idee der Weltrevolution und das marxistische Dogma wichtiger waren als das russische Volk und seine Leiden, so sahen sie ein, daß ein Rußland, in dem der Kommunismus nur noch als historische Reminiszenz gelten konnte, nicht mehr berechtigt und imstande sei, dem internationalen Proletariat ein Sozialisierungsprogramm radikalster Ausprägung zu predigen. Die kommunistische Weltbewegung verlöre natürlich alle Geltung und allen Sinn, wenn in der Hochburg des Kommunismus de facto an der Wiederherstellung des Kapitalismus gearbeitet werden würde. Vor die Frage gestellt, die revolutionäre Agitation und das Wunschbild der Welterneuerung preiszugeben, — oder Rußland zu retten, entschlossen sich diese Elemente für die Aufrechterhaltung der alten Politik, koste es, was es wolle. Lenin mag daran gedacht haben, durch eine entschlossene Reformpolitik gleichzeitig dem erneuerten Sowjetismus die Herrschaft erhalten zu können; seine Gegner zweifelten daran, daß dies gelingen könne.

Die Sowjetgewalt war in letzter Zeit stark erschüttert. Aus dieser Besorgnis um die Fortexistenz der Macht der Kommisars stammt nun die neueste Wendung der russischen Geschichte. Mit kühnem Schlage zertrümmerten dieser Tage die radikalen Elemente in der Regierung — über den Kopf Lenins hinweg — die moralischen Grundlagen und psychologisch-geistigen Voraussetzungen der Leninschen Kompromißpolitik. Eine andere Deutung der plötzlichen Schwenkung ist nicht gut denkbar, zumal wenn man hört, daß Lenin außerhalb Moskaus residiert und sich auf den Rat seiner Ärzte weitgehend schonen muß, verschiedene Besprechungen der Sowjets nicht aufsucht und keine Gegenmaßregeln gegen die Desavouierung seiner Pläne unternimmt.

Der Sieg der radikalen Elemente wurde zuerst in der Auflösung des allrussischen Hilfskomitees sichtbar. Die offizielle Motivierung dieses Schrittes ist so dürftig, daß sie wohl niemand überzeugen kann. Das Hilfskomitee hatte sich ebenso umsichtig wie korrekt benommen. Die angesehenen Vertreter der nichtkommunistischen Parteien waren persönlich in keiner Weise dafür verantwortlich zu machen,

wenn allenthalben zage Hoffnungen entstanden, dieser Versammlung würde es gelingen, der Sowjetregierung die Zulassung vorsichtiger Regungen der Selbsthilfe der russischen Gesellschaft plausibel zu machen. Die furchtbare Hungersnot erweckte in allen russischen Gemütern solidarische Gefühle, aktives Gemeinschaftshandeln schien aufkeimen zu wollen. Man muß in Rußland gelebt haben, um es zu wissen, wie stark — auch heute noch — die Liebe zum Volk in der russischen Gesellschaft ist und wie aus diesem tiefen Hange der Bürger, gemeinsam der Not der Volksgenossen zu steuern, schon oftmals Bewegungen entstanden, die stärker waren wie die Macht der Regierungen. Sobald man dies in Moskau erkannte, beschloß man, jede weitere Regung des russischen Bürgertums wie der nicht-kommunistischen Arbeiter- und Bauernschaft im Keime zu ersticken. Vorwände waren bald gefunden. Das Komitee wurde gesprengt und „Verschwörungen“ aufgedeckt. Das Hilfswerk wurde durch die Sowjetregierung sabotiert — aber die Außerordentliche (Terror) Kommission hatte ihre revolutionäre Daseinsberechtigung erneut erwiesen. Die prominenten Mitglieder des Hilfskomitees wurden verhaftet, werden zurzeit verhört und Verschwörungen konstruiert. Wohl noch niemals ist so rigoros und tendenziös vorgegangen worden wie gerade jetzt. Die sogenannte Verschwörung, die man in Petersburg aufgedeckt zu haben glaubt, war dem Staate weder gefährlich noch so drakonischer Strafen wert — ganz abgesehen davon, daß von einem regelrechten Gerichtsverfahren überhaupt nicht die Rede sein kann. Dennoch sind 61 Todesurteile ausgeführt und die bekanntesten Persönlichkeiten des Petersburger Bürgertums erschossen worden. Es ist notwendig, diese Tatsache hervorzuheben, denn die Anwendung des Terrors bedeutet zurzeit etwas anderes, wie noch vor Jahresfrist. Heute hat der Sowjetismus etwas Endgültiges damit festgestellt: seine unbedingte Starrheit und Unnachgiebigkeit, seine entschlossene Abkehr von jedem Kompromiß. Diese Demonstration gilt zudem nicht etwa nur den antikommunistischen Kreisen in Rußland selbst, ist nicht nur ein Rückfall in den Bürgerkrieg und Klassenkampf, sondern eine neue Kampfansage ans Ausland. Man verhandelte ja gerade mit ausländischen Kapitalisten, man war bemüht, Kredite zu erhalten, man schloß Abkommen mit einzelnen Firmen ab und erklärte immer wieder wie friedfertig und verständigungswillig man sei. Die russische Regierung ersuchte offiziell das Ausland um Hilfe und wies selbst auf das Allrussische Hilfskomitee als Unterpfand der Sachlichkeit und Gerechtigkeit bei der Verteilung der Spenden hin — um nun dieses Komitee für seine Arbeit mit dem Kerker zu belohnen. Man verhandelte mit ausländischen Unternehmern über die Vergebung z. B. von Naphthakonzessionen — um jetzt Prof. M. M. Tichwinski zu erschießen, weil er der russischen Auslandspresse Nachrichten und der Firma Nobel in Stockholm eine Denkschrift über die russische Naphthaindustrie zukommen ließ. Prof. Lazarewski hat ein Projekt über die Gewährung von Krediten an Rußland ausgearbeitet gehabt; Prof. Taganzew soll Beziehungen zu den englischen, amerikanischen und finnländischen Militärmissionen gepflogen haben, Fürst Uchtomski, Mitarbeiter an der Leitung der Petersburger Museen, soll Berichte über die Einrichtung derselben der „weißen“ Presse zugeschickt haben, — wofür alle diese Personen erschossen wurden. Beweise für diese An-

schuldigungen enthält die offizielle Mitteilung der „Tscheka“ allerdings nicht — in den Augen Dserschinskis scheint jedoch eine Befolgung der Leninschen Aufforderungen am Wiederaufbau mitzuarbeiten, sich mit der Naphthaindustrie und der Kreditfrage zu beschäftigen oder die Einrichtung der Museen zu schildern, eo ipso ein todeswürdiges Verbrechen zu sein.

Es ist kaum vorstellbar, daß in dieser Atmosphäre des Hasses und des Terrors weitere Verhandlungen mit dem Auslande gepflogen werden könnten. Ja, es hat sogar den Anschein, als seien diese Maßnahmen der Außerordentlichen Kommission eine Antwort an die Entente. In der Note Tschitscherins an den Obersten Rat über die Ablehnung Houllens und der Untersuchungskommission, die Rußlands Hungergebiete bereisen sollte, klingen Töne an, die den Anklageschriften der Terroristen entnommen zu sein scheinen. England und Frankreich dürften nunmehr jede Hilfe verweigern. Es ist ja tatsächlich keine Gewähr dafür vorhanden, daß die Spenden den wirklich Notleidenden und nicht nur und ausschließlich der Roten Armee zugute kommen. (Sehr bezeichnend für das allgemeine Mißtrauen ist die Abstimmung der Bergarbeiter in Bochum, die mit ähnlicher Motivierung mit 1113 Stimmen gegen 96 das Opfer eines halben Tagelohnes für die Hungerhilfe ablehnten.) Die Sowjetregierung lehnt somit die Hilfe des Obersten Rates ab, da sie eine Verquickung dieser Aktion der Humanität mit der Frage der Anerkennung der alten Staatsschulden nicht zulassen will. Es mag ja tatsächlich nicht gerade geschickt und human gewesen sein, gerade jetzt verschiedene egoistische Forderungen in den Vordergrund zu schieben, wie die englischen und französischen Diplomaten dies getan haben. Andererseits hat selbst Krassin noch kürzlich zugegeben, wie wichtig eine Regelung der Staatsschuldenfrage ist; beansprucht die Sowjetregierung größere Kredite, so kann dieses Problem auf die Dauer nicht unerörtert bleiben. Es ist daher wohl nicht zuviel gesagt, wenn man die gegenwärtige Haltung der Sowjetregierung einen Verzicht auf Beanspruchung größerer Kredite nennt. Damit ist der Aufnahme eines regelten Handelsverkehrs mit Rußland ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Aktionen Hovers und Nansens bleiben allerdings vorläufig hiervon unberührt. Es wäre zu wünschen, daß es so bliebe und daß auch die deutsche Hilfe unberührt vom politischen Konflikt sich, etwa im Rahmen der amerikanischen Pläne, entwickeln könne — allerdings scheinen die weiter unten erwähnten Absichten Troßkis gerade uns dieses vom solidarischen Mitleid der deutschen Volkes getragene Werk erschweren zu wollen. Augenscheinlich will die wieder zur Macht gelangte Richtung der Tschekeleute und Troßkis mit dem kapitalistischen Auslande überhaupt nichts mehr zu tun haben. Dies erhellt allein schon daraus, daß dem westeuropäischen Propagandabureau der kommunistischen Internationale die geheime Verfügung zugegangen ist, das westeuropäische Proletariat müsse die Hilfsaktion selbst in die Hand nehmen und von den Regierungen kategorisch verlangen, daß die Hilfe bedingungslos zu gewähren sei. (Geheime

Verfügung sub. Nr. 56 733 — 473. „Gol. Rossii.“) Die Internationale soll durch die Hungerfrage, wie es ausdrücklich heißt, zu neuen Taten aufgestachelt und mit neuer Energie geladen werden. Soweit wäre man also wieder: die Verständigungsperiode ist zu Ende und der Bolschewismus beginnt den letzten entscheidenden Kampf mit der Bourgeoisie und dem Kapitalismus. Trotzki hat dies kürzlich in einer Sitzung des Komitees der kommunistischen Partei in Moskau offen ausgesprochen. Er motivierte die vorzeitige Auflösung des Kommunistenkongresses, da sich auf demselben zu wenig Leute befunden hätten, die die Perspektiven der Partei richtig beurteilen könnten. „Hier leben wir,“ sagte er sodann wörtlich, „mit dem Kopf in der Schlinge. Der einzige Ausweg für uns ist — uns eine möglichst breite Basis im Westen zu schaffen, Ungarn kann uns als solche Basis nicht dienen, wir brauchen ein Sowjetdeutschland. Daher müssen wir uns mit allen Kräften bemühen, dort eine Revolution hervorzurufen. . . . Wir wollen am 15. 9. nach Schlesien, ins Ruhrgebiet und nach Sachsen 320 Mill. Goldrubel schicken. . . .“ Ferner sei auch eine direkte Hilfsaktion ins Auge gefaßt. Trotzki schloß mit den Worten „wir wissen Genossen, daß wir va banque spielen. Nun denn — va banque und unser Schicksal entscheidet sich!“ (Posl. Iswestija.)

Im aufgelösten Kommunistenkongreß saß eine Mehrheit der Lenin-Anhänger: Wladimir Iljitsch Uljanow-Lenin ist also ohne Frage dadurch depossediert; über ihn, den hervorragenden Kopf der kommunistischen Bewegung, den einzig weitblickenden russischen Wirtschaftler und Staatsmann hinweg will der Bolschewismus fortan sein Spiel wagen, dessen Einsatz 18 Mill. verhungerte Russen sind. Denn die Hungerkatastrophe wächst. Nun will man aus der russischen Bauernschaft das letzte Getreide förmlich herauspressen, um dieses an die Wolga zu senden. Das Verpflegungsamt hat die sofortige Aufbringung von 2 Mill. Pud Getreide verfügt. Die Tarenrepublik Orenburg verlangt außerdem noch 4 Mill. Pud Saatkorn, 12 Mill. Pud Getreide zur Deckung des Brotbedarfs, 55 Milliarden Sowjetrubel in bar und die Evakuierung von 30 000 Kindern. Im Gouvernement Simbirsk hungern 1 Mill. Einwohner, trifft nicht sofortige Hilfe ein, so seien allein im Gebiet Nowusensk 60 000 Einwohner rettungslos dem Hungertode verfallen. Dabei nimmt die Transportkrise immer weiter zu. In Südrußland sind täglich 2000 Waggons erforderlich, es können jedoch nur 128 Waggons gestellt werden. Auch die Kohlenherzeugung nimmt immer weiter ab: im Donezbecken wurden, nach der „Prawda“, zum Zwecke der Eisenbahnfeuerung 700 000 Pud Kohle im August gefördert, während das erforderliche Minimum 2 Mill. Pud beträgt. Die Zufuhr von Auslandsgetreide nach Petersburg kann somit als keine reale Hilfe angesehen werden, da es mehr als fraglich ist, ob auch nur ein Teil desselben bis zur Wolga gelangen könnte, ganz abgesehen davon, wie über dieses Getreide verfügt werden wird.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Paris	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich						
	13. 9.	13. 9.	13. 9.	13. 9.	13. 9.						
	M	M	M	fl	fr						
Berlin	100 M	100,—	—,—	—,—	2,94	5,55					
Wien	100 K neu	85,—	10,37½	10,10	0,31	0,52					
Budapest	100 K	85,—	22,56	22,40	—,—	1,20					
Prag	100 K	85,—	127,50	124,50	—,—	7,05					
Helsingfors	100 FM	—,—	130,50	129,75	—,—	—,—					
Amsterdam	100 fl	168,75	3367,50	3330,—	—,—	183,50					
Kopenhagen	100 Kr	112,50	1887,50	1882,50	56,40	103,—					
Stockholm	100 Kr	112,50	2308,75	2295,—	68,40	125,50					
Kristiania	100 Kr	112,50	1395,—	1370,—	41,30	75,25					
Zürich	100 fr	81,—	1878,75	1860,—	55,—	—,—					
Madrid	100 Pesetas	81,—	1403,75	1400,—	41,—	75,—					
Rom	100 Lire	81,—	456,50	457,50	13,45	24,79					
Brüssel	100 fr	81,—	760,—	765,—	21,42	40,75					
Paris	100 fr	81,—	770,—	777,50	22,82½	41,80					
London	1 £	20,43	397,75	402,50	11,81	21,60					
New York	1 \$	4,20	106,37	109,—	3,16	5,79					
Buenos Aires	100 Pesetas	178,—	33,12½	—,—	—,—	180,—					
Rio de Janeiro	1 Milreis	1,36	13,36½	—,—	—,—	—,—					

	Wien 13. 9. K	Prag 13. 9. K	Paris 13. 9. fr	London 12. 9. *)	New York 12. 9. \$
Berlin	100 M. 1252,-	77,-	13,50	401,-	0,92½
Wien	100 K. —	5,55	—	—	—
Amsterdam. 100 fl. ..	46200,-	—	439,-	11,77½	31,66
Kopenhagen 100 Kr. ..	25625,-	—	103,-	—	—
Zürich	100 fr. 25175,-	—	238,25	21,67	—
Paris	100 fr. —	—	—	51,82	7,21
London	1 £. —	—	51,65	—	3,69½ 60 T.
New York ..	1 \$ —	—	13,79	3,74½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	13. 9.	13. 9.	13. 9.	13. 9.	13. 9.
Reichsmark	-95,04	-95,48	-93,81	-94,82	-96,13
Dt. österr. Krone	-99,39	-99,41	—	—	—

	Amsterd. 13. 9.	Zürich 13. 9.	Kopenh. 13. 9.	Stockh. 13. 9.	New York 13. 9.
Französ. Frank..	-52,46	-58,20	-43,75	-53,12	-62,64
Pfund Sterling..	-2,47	-14,35	+15,32	-5,01	-24,07
Dollar	+27,11	+11,77	+50,94	+24,13	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	3. 9.	10. 9.
Alexandrien	97½ d	97½ d
Bombay/Kalkutta ..	1 s 4½ d - 1 s 4½ d	1 s 4½ d - 1 s 4½ d
Hongkong	2 s 8 d - 2 s 8½ d	2 s 8½ d - 2 s 9½ d
Schanghai	3 s 7 d - 3 s 8½ d	3 s 8 d - 3 s 9½ d
Singapore	2 s 3½ d - 2 s 3½ d	2 s 3½ d - 2 s 3½ d
Yokohama	2 s 7 d - 2 s 7½ d	2 s 7 d - 2 s 7½ d
Montevideo T. T.	42 d - 42½ d	42½ d - 43 d
Rio de Janeiro	8½ d	8½ d
Buenos Aires T. T.	43½ d - 44½ d	44½ d - 45½ d
Valparaiso 90 T.	6½ d	6½ d

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Juli 1921 (Fortsetzung)

Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M.	Ausgabe- kurs in %
Maschin.- u. Armaturenfabr., Eisengieß. usw.			Elektrizitätswerke			Baumwollspinnereien und -webereien		
Kapitalserhöhungen			Neugründungen			Neugründungen		
Schnellpressenfab. Frankenthal			Badische Landes-Elektrizitäts-			Baumwoll-Finanz A.-G., Berlin	20000	100
Albert & Cie., Frankenthal	8000	1)	versorgung A.-G., Baden-	30000	100	Kapitalserhöhungen		
Siegener Maschinenbau A.-G.,			werk, Karlsruhe			Deutsche Textilwerke Mautner		
Siegen	2000	100	Kapitalserhöhungen			A.-G., Langenbielau	10000	100
Sondermann & Stier A.-G.,			Bayerische Elektrizitäts-			Spinnerei und Weberei Zell-		
Chemnitz	6000	2)	Werke, München	6000	100	Schönan, früher Meehan.		
A. Stoltz A.-G., Stuttgart ..	2000	100	Hamburgische Electricitäts-			Weberei Zell, Schönan	1950	100
Trier Eisengießerei und Ma-			Werke, Hamburg	44000	116	Seilerwaren-, Treibriemen-, Taufabriken		
schinenfabrik vorm. August			Fabriken für Chemikalien usw.			Kapitalserhöhungen		
Feuerstein A.-G., Trier ...	1500	100	Neugründungen			Arloffer Tauwerke A.-G., Arloff	800	100
Ver. Fabriken Landwirtschaftl.			A.-G. f. Ozon-Industrie, Berlin	2000	110	Verschied. Spezialfabriken d. Textilindustrie		
Maschinen vorm. Epple &			A.-G. f. Verwertung chemisch.			Neugründungen		
Buchsbaum, Augsburg	4000	100	Geheimverfahren, Berlin ..	2500	100	Textilhaus Schneider & Han-		
Wotan-Werke A.-G., Leipzig.	900	115	Chemikalien- und Drogen-			schild A.-G., Berlin	5000	100
Zeitner Eisengießerei und Ma-			Handels A.-G., Berlin	1000	100	Kapitalserhöhungen		
schinenbau A.-G., Zeitz	3000	3)	Chemische Fabrik Entrup,			Ebinger Trikotwarenfabr. A.-G.,		
			A.-G., Harburg	1000	100	Ebingen	2000	100
Schiffsbauanstalten			Kapitalserhöhungen			Wurzener Teppichfabrik A.-G.,		
Neugründungen			Chemische Fabrik Elz, Elz	1700	100	Wurzen	1250	100
Schiffsbaugesellschaft Unter-			Chemische Werke Brackbues,			Bleichereien, Färbereien		
weser A.-G., Lehe	6000	100	A.-G., Niederwalluf	2000	100	Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			Chemische Werke vorm. P.			Manufaktur Koechlin, Baum-		
Turbina A.-G., Berlin	600	100	Römer & Co., Bernburg ..	1300	115	gartner & Co., Lörrach ...	4300	100
Fabriken f. Uhren, Feinmechanik, photo-			Lingner Werke, Dresden ...	6000	120	Bekleidungsindustrie, Hüte, Schuhwaren		
graphische Apparate, Optik usw.			Farben- und Bleistiftfabriken			Neugründungen		
Neugründungen			Kapitalserhöhungen			Damenschuhfabrik „Amea“		
Astrawerke A.-G., Chemnitz.	3500	110	Ver. Ultramarinfabrik A.-G.			A.-G., Berlin	500	100
Rathenower Optik A.-G.	2000	110	vorm. Leverkus, Zeltner &			Hutfabrik Boenicke & Helden-		
Musikwerke, Musikinstrumente			Co., Köln	4500	110	berg A.-G., Luckenwalde ..	1000	100
Kapitalserhöhungen			Pulver-, Sprengstoff-, Zündwarenfabriken			Neudamm Hutfabrik A.-G.,		
Matth. Hohner A.-G.,			Neugründungen			vorm. Fritz Schwartzkopf &		
Trassingen	2700	4)	Mitteldeutsche Zündholzfa-			Co., Neudamm	4000	100
Polyphonwerke A.-G., Wahren	3500	132	briken A.-G., Hamburg ...	1000	100	Papier-, Pappen-, Zellulosefabriken		
Elektrotechnische Fabriken			Gaswerke			Kapitalserhöhungen		
Neugründungen			Kapitalserhöhungen			A.-G. für Zellstoff und Papier-		
Nordische A.-G. für Elektro-			Autogen, Gasaccumulatoren-			fabrikation, Aschaffenburg.	24000	100
technik, Berlin	105	100	A.-G., Berlin	1000	100	Feldmühle, Papier- und Zell-		
Ver. Elektro-Werke A.-G.,			Öle, Seifen, Fette			stoffwerke A.-G., Berlin ...	15000	100
Saarbrücken	2250	100	Neugründungen			Hasseröder Papierfabrik A.-G.,		
Kapitalserhöhungen			Alberdingkfirnis- u. Oelwerke			Heidenau	3300	100
A.-G. für Isolationsmaterial			A.-G., Urdingen.	3000	100	Papierfabrik Baienfurt A.-G.,		
Spremberg, Spremberg ...	2700	100	Kapitalserhöhungen			Baienfurt	1260	100
Brown, Boveri & Cie. A.-G.,			Oelfabrik Groß-Gerau, Bremen	1000	100	Varziner Papierfabrik Ham-		
Mannheim	40000	120	Schlickum-Wke. A.-G., Hambg.	1000	100	mermühle, Varzin	15000	5)
Elektrodentalwk. A.-G., Frankf.	300	108	Wollspinnereien und Webereien			Zellstofffabrik Waldhof Mann-		
Elektrotechnische Fabr. A.-G.,			Neugründungen			heim, Mannheim	28000	193
Vacha a. d. W.	2000	100	Wollweberei Reichenbach			Lederindustrie		
Felten & Guillaume, Carls-			A.-G., Reichenbach	1500	100	Kapitalserhöhungen		
werk A.-G., Köln	30000	110	Kammgarospinnereien und -webereien			A.-G. für Leder-Maschinenrie-		
Dr. Paul Meyer A.-G., Berlin	24000	107	Kapitalserhöhungen			men u. Militäreffektenfabrik		
			Kammgaruspinn. Wernshausen			(vorm. Heinr. Thiele), Dresden	1325	6)
			A.-G., Niederschmalkalden.	5000	120			

V = Vorzugsaktien. 1) 6 Mill. M. zu 112 %, 2 Mill. M. zu 150 %. 2) 4 Mill. M. zu 100 %, 2 Mill. M. zu 120 %. 3) 2 400 000 M. zu 155 %, 600 000 M. V. zu 130 %. 4) 600 000 M. zu 150 %, 2 100 000 M. gratis. 5) 5 Mill. M. zu 150 %, 10 Mill. M. V. zu 100 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Holzindustrie			Brauerei Henninger Kaempff			Baugewerbe		
Neugründungen			Stern A.-G., Frankfurt...	650	14)	Neugründungen		
Max Daehne A.-G., Leipzig	2100	100	Engelhardt-Brauer A.-G., Berl.	3000	100	Allgem. Hochbaugesellschaft	3200	100
Kapitalserhöhungen			Hofbierbrauerei Schöffelhof u.			Kapitalserhöhungen		
Möbelfabrik Poßneck A.-G.,			Frankf. Bürgerbräu, Frankf.	1100	15)	Dyckerhoff & Widmann A.-G.,		
Poßneck.....	850	110	Leipzig. Bierbrauerei zu Reud-			Bieberich a. Rh.....	11000	100
Süddeutsch. Holzindustr. A.-G.			nitz Riebeck & Co., Leipzig	700	16)	Gebr. Goedhart A.-G., Düsseld.	6000	V100
(früher Parkettfabrik Rosen-			Schwerter-Brauerei A.-G.,			Wayss & Freytag A.-G.....	12500	115
heim-Langenargen A.-G.),			Meißen.....	300	100	Graphisches Gewerbe, Verlag, Kunstgewerbe		
Fellssang-München.....	6400	7)	Malzfabriken			Neugründungen		
Gummiwarenindustrie, Linoleum			Neugründungen			„Ads“, Internation. Zeitungs-		
Neugründungen			Mälzerei-Industr. A.-G., Erfurt	5000	100	agentur und Annoncen-Ex-		
Gummiwerke Neckar A.-G.			Molkereien, Meiereien			pedition A.-G., Berlin...	500	100
(früher A.-G. für Erwerb und			Kapitalserhöhungen			A. Bagel A.-G., Düsseldorf..	4000	100
Verwertg. v. Rechten an Ind.			Mannheimer Milchzentrale			Edition Jacobi, Verlags-A.-G.,		
Unternehmungen, Stuttgart	500	100	A. G., Mannheim.....	400	100	Berlin.....	1500	100
„Vulkan“, Gummiwarenfabrik			Spritzbrennereien und Preßhefefabriken			Filmhaus Sage A.-G., Breslau	750	100
Weiß & Basler A.-G., Leipzig	4000	100	Neugründungen			Klal-Verlag, Kommanditges.		
Kapitalserhöhungen			R. Eisenmann A.-G., Berlin..	3000	100	auf Aktien, Berlin.....	2000	100
Bremer Linoleumwerke, Del-			Rheinische Preßhefe- u. Sprit-			Süddeutsch. Morgenztg. u. Han-		
menhorst.....	12225	8)	werke A.-G., Köln.....	8000	110	delsblatt A.-G., Baden-Baden	500	100
„Germania“, Linoleumwerke			Rückforth A.-G., Köln.....	500	100	Ver. Druckereien, Kunst- und		
A.-G., Bietigheim.....	13000	9)	Kapitalserhöhungen			Verlagsanst. A.-G., Dillingen	1500	100
Münden-Hildesheimer Gummi-			C. F. Hunlich A.-G., Welthen	10000	125	Kapitalserhöhungen		
warenfabrik Gebr. Wetzell			Hermann Meyer & Co. A.-G.,			Ausland und Heimat Verlags-		
A.-G., Hildesheim.....	1000	100	Berlin.....	6000	120	A.-G., Stuttgart.....	100	100
Rauhgummi A.-G. (früher A.-G.			Ferd. Rückfarth Nachflg. A.-G.,			Bibliograph. Inst. A.-G., Leipzig	500	V100
für Philatelie), Berlin.....	1994	100	Stettin.....	30000	17)	Bromograph A.-G., Mannheim	1375	110
Getreidemühlen, Brotfabriken			Ver. Nord- und Süddeutsche			Düsseldorf. Ztg. A.-G., Düsseld.	175	100
Kapitalserhöhungen			Spritwerke u. Preßhefefabr.			Carl Flemming & C. T. Wiskott		
A. G. der Lohnberger Mühle,			Bast A.-G., Nürnberg.....	3400	107	A.-G. f. Verlag u. Kunstdr.,		
Niederlahnstein.....	1035	110	Wasser-, Eiswerke, Kühlhäuser			Glogau.....	1700	100
Bremervörder Mühlenwerke			Neugründungen			Frankf. Verlagsanst., Frankfurt	700	100
A.-G., vorm. Herm. Hagenah,			Isarwerke A.-G., München...	20000	100	Goniec Slaski A.-G., Beuthen	500	120
Bremervörde.....	400	100	Kapitalserhöhungen			Mitteld. Verlags A.-G., Erfurt	1000	115
Dampfbackerei Bremen A.-G.,			Kühltransit A.-G., Hamburg..	20000	18)	National-Film A.-G., Berlin..	14000	19)
Bremen.....	250	112½	Schokolade-, Teigwaren-, Konservenfabriken			Ver. Kunstinstitute A.-G., vorm.		
König-Friedrich-August-Müh-			Kapitalserhöhungen			Otto Traitzsche, Berlin...	790	125
lenwerke, Kunstmühle Naun-			„Bergina“, A.-G. für Schoko-			Ver. Verlagsanst. W. Osterkamp		
dorf bei Freiberg, Naundorf	1600	10)	laden- und Zuckerwaren-			u. Volksverl. A.-G., Oberhaus.	300	100
Zuckerfabriken			fabrikate, Düsseldorf.....	750	110	Vereinsdruckerei Heidelberg		
Kapitalserhöhungen			Schmalz, Fett usw.			A. G., Heidelberg.....	140	100
Aktien-Zuckerfabrik Mariazell,			Neugründungen			Handelsgewerbe		
Schöppenstedt.....	21	100	Margarinewerke Brema A.-G.,			Neugründungen		
Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk			Bremen.....	4000	100	Gebr. Alsberg A.-G., Köln...	25000	103
bei Hannover, Hannover..	6000	11)	Kapitalserhöhungen			Außenhandels-A.-G., Barmen.	300	100
Rositz. Zucker-Raffiner., Rositz	6000	V100	Bergisch Märkisch. Margarine-			Autohag, Automobil-Handels-		
Zuckerfabrik Fraustadt A.-G.,			Werke F. A. Isserstedt A.-G.,			A.-G., Berlin.....	100	100
Fraustadt.....	5400	100	Elberfeld.....	13500	100	Handelskontor A.-G., Hamburg	3000	100
Zuckerfabrik Schorlewitz,			C. A. Müller, Speisefettfabrik			Gebr. Leffers A.-G., Delmenh.	2000	100
Schorlewitz.....	1500	100	A.-G., Berlin.....	2800	150	Niederl. Imp- u. Exp. Handels-		
Zuckerraffinerie Magdeburg			Fischwaren-Industrie			vereinigung A.-G., Köln...	200	100
A.-G., Magdeburg.....	2000	115	Kapitalserhöhungen			„Orgehy“, Erzeugungs-, Ver-		
Bierbrauereien			Deutsche Seefischhandels-			wertungs- u. Handels-A.-G.,		
Neugründungen			gesellschaft A.-G., Cuxhaven	1000	102	Köln.....	100	100
Fürstl. Fürstenberg. Brauerei			Fischverwert. A.-G., Cuxhaven	1000	110	C. Pose, Export-A.-G., Berlin	2000	100
A.-G., Donaueschingen....	3000	100	Zigarren, Tabak, Zigaretten			Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			Neugründungen			Fleischwaren-Industrie A.-G.		
A.-G. Societäts Brauerei, Zittau	750	12)	Mitteldeutsche Tabaks-Han-			„Flieg“, Berlin.....	2200	108
Aktienbrauerei Eisenach A.-G.,			dels-A.-G., Hannover.....	1000	100	Handelsges. Reiffeisensche Ge-		
Eisenach.....	1000	13)	Hamburger Tabakfabrik A.-G.,			nossensche A.-G., Berlin...	2000	100
			Hamburg.....	3000	105	Medizin. Warenhs. A.-G., Berlin	1000	140

9) 587 000 Mk. zu 100 %, 62 500 Mk. zu 150 %, 67 500 zu 115 %. 7) 4 600 000 Mk. zu 107 %, 1 800 000 Mk. zu 115 %. 8) 6 500 000 Mk. zu 112½ %, 5 725 000 Mk. V zu 100 %. 9) 6 Mill. Mk. zu 106 %, 7 Mill. Mk. V zu 100 %. 10) 1 800 000 Mk. zu 110 %, 200 000 Mk. V zu 105 %. 11) 3 Mill. Mk. zu 120 %, 3 Mill. Mk. V zu 100 %. 12) 250 000 Mk. zu 135 %, 500 000 Mk. zu 100 %. 13) 800 000 Mk. zu 130 %, 200 000 Mk. zu 135 %. 14) 300 000 Mk. zu 180 %, 350 000 Mk. zu 100 %. 15) 400 000 Mk. zu 108 %, 700 000 Mk. zu 100 %. 16) 600 000 Mk. zu 110 %, 100 000 Mk. V zu 100 %. 17) 20 Mill. Mk. zu 190 %, 10 Mill. Mk. V zu 108 %. 18) 10 Mill. Mk. zu 108 %, 10 Mill. Mk. zu 100 %. 19) 8 Mill. Mk. zu 115 %, 5 Mill. Mk. zu 121 %, 1 Mill. Mk. V zu 111 %.

(Fortsetzung folgt.) Fab. Landau

Schiffahrt und Schiffbau

Vereinigte Staaten

Einwanderung in die Ver. Staaten im Fiskaljahr 1920/21.

In dem am 30. 6. abgeschlossenen letzten Fiskaljahr sind 806 228 Personen in die Vereinigten Staaten eingewandert (1920: 43 000; 1910—1914 durchschnittlich jährlich 1 034 940). Als Nichteinwanderer kamen 172 395, so daß der Gesamtzuzug

sich auf 978 163 stellte. Die Abwanderung umfaßte 247 718 Auswanderer (1918: 288 315) und 178 313 Nichtauswanderer, zusammen 426 031 Personen.

Zurückgewiesen und wieder in ihre Herkunftsländer gesandt wurden während des Berichtsjahres insgesamt 4517 Personen, darunter 446 wegen Verdacht anarchistischer Gesinnung.

Die Flotte des amerikanischen Schiffsahrtsamtes. Am 1. 7. eine Flotte von insgesamt 1740 Schiffen mit 11 323 668 Tonnen d. J. besaß oder kontrollierte das amerikanische Schiffsahrtsamt Tragfähigkeit. Davon waren:

	Frachtschiffe		Fracht-u. Passagiersch.		Tankschiffe		Kühlschiffe		Kohlenschiffe		Zusammen	
	Zahl	t-Tragfäh.	Zahl	t-Tragfäh.	Zahl	t-Tragfäh.	Zahl	t-Tragfäh.	Zahl	t-Tragfäh.	Zahl	t-Tragfäh.
Gebaute stählerne Schiffe	1258	8 539 596	13	158 754	88	827 681	16	118 106	2	10 972	1377	9 655 109
„ hölz. u. Kompositenschiffe	288	1 066 649	—	—	—	—	—	—	—	—	288	1 066 649
„ Eisenbetonschiffe	2	6 500	—	—	8	56 283	—	—	—	—	10	62 783
Gekaufte Schiffe	18	156 135	2	12 200	1	1 200	—	—	1	3 860	22	173 395
Beschlagnahmte deutsche u. öster- reichische Schiffe	19	118 765	24	246 967	—	—	—	—	—	—	43	365 732
Zusammen	1585	9 887 645	39	417 921	97	885 164	16	118 106	3	14 832	1740	11 323 668

Von den stählernen Schiffen waren am 1. 7. etwa 5 Mill. Tonnen aufgelegt. Für das Schiffsahrtsamt waren am 1. 7. noch in Bau: 4 Schiffe von zusammen 48 000 Tonnen Tragfähigkeit; bereits vom Stapel, aber noch nicht abgeliefert waren 20 Schiffe von zusammen 228 800 Tonnen Tragfähigkeit.

Mit der Verwaltung von Schiffen des Shipping Board sind zurzeit 86 Privatreedereien betraut. Die Zahl dieser Firmen war früher bedeutend größer; etwa 80 Reedereien haben in den letzten Monaten ihre Beziehungen zum Schiffsahrtsamt gelöst und die ihnen überwiesenen Schiffe zurückgegeben. A. A.

Sonstiges

Die schnellsten Seeschiffe. Seit 1907, dem Jahre der Indienststellung der beiden mit Staatshilfe erbauten Turbinenschiffe Mauretania und Lusitania der Cunardlinie, bedeutet eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 25½ Seemeilen in der Stunde die höchste Schnelligkeitsleistung, die von Handelsschiffen im Überseeverkehr erzielt worden ist. Eine Steigerung

der Schiffsgeschwindigkeit über diese Grenze hinaus ist trotz mancher Fortschritte und Neuerungen auf dem Gebiete des Schiffsantriebes bis heute nicht erfolgt und wird wohl auch, da sie nur mit Rentabilitätsopfern zu erkaufen ist, kaum in der nächsten Zukunft erfolgen. Es sind durchweg hochwertige Passagierdampfer, die über Geschwindigkeiten von 20—25½ Seemeilen verfügen. In ihre Reihe hat der Krieg manche Lücke gerissen; die Lusitania der Cunardlinie mit 25½ Seemeilen, die Provence der Comp. Générale Transatlantique mit 22 Seemeilen, die Campania der Cunardlinie mit 22 Seemeilen und andere mehr sind versenkt worden. An ihre Stelle sind einige während des Krieges oder nach seiner Beendigung fertiggestellten Schiffe wie die Paris der Comp. Générale Transatlantique (22½ Seemeilen), die Massilia der Comp. de Navigation Sud-Atlantique (20 Seemeilen), die Ausonia und die Esperia der Soc. Italiana di Servizi Marittimi (20 Seemeilen) getreten. Gruppiert man die gegenwärtig im Überseeverkehr tätigen schnellsten Schiffe nach ihrer Durchschnittsgeschwindigkeit (wie sie Lloyds Register angibt), so erhält man folgende Liste:

Geschwindigkeit	Name des Schiffes	Reederei	Br. R.T.	Baujahr	Antriebsmaschine
Über 25 Seem.	Mauretania	Cunard Line	30 704	1907	Turbinen
24—25 „	Aquitania	Cunard Line	45 647	1914	„
24—25 „	France	Cie. Générale Transatlantique	23 666	1912	„
23—24 „	Olympic	Oceanic Steam Navigation Co. (White Star Line)	46 439	1910	{Turbinen und Kolbenmasch.
22—23 „	Berengaria (ex Imperator)	Cunard Line	52 022	1912	Turbinen
22—23 „	Paris	Cie. Générale Transatlantique	33 700	1917	„
21—22 „	Empress of Asia }	Canadian Pacific Ocean Services Ltd.	16 909	1913	„
21—22 „	Empress of Russia }		16 810	1913	„
21—22 „	La Lorraine	Cie. Générale Transatlantique	11 372	1900	Kolbenmasch.
21—22 „	La Savoie	Cie. Générale Transatlantique	11 168	1900	„
21—22 „	Leviathan (ex Vaterland)	United States Government	54 282	1914	Turbinen
21—22 „	Von Steuben (ex Kronprinz Wilhelm)	United States Government	14 901	1901	Kolbenmasch.
20—21 „	Empress of France	Allan Line S. S. Co. Ltd.	18 481	1913	Turbinen
20—21 „	Lutetia }	Cie. de Nav. Sud Atlantique	14 654	1913	Turbinen und
20—21 „	Massilia }		15 147	1916	Kolbenmasch.
20—21 „	Ausonia	Soc. Italiana di Servizi Marittimi	13 050	1915	Turbinen
20—21 „	Esperia	Soc. Italiana di Servizi Marittimi	11 393	1918	„
20—21 „	San Giusto	Cosulich Soc. Triestina di Nav.	8 606	1890	Kolbenmasch.
20—21 „	Agamemnon (ex Kaiser Wilhelm II.)	United States Government	19 361	1902	„
20—21 „	Mount Vernon (ex Kronprinzessin Cecilie)	United States Government	18 372	1906	„
19—20 „	Royal George	Cunard Line	11 146	1907	Turbinen
19—20 „	La Touraine	Cie. Générale Transatlantique	8 429	1890	Kolbenmasch.
19—20 „	New York	International Mercantile Marine Co.	10 080	1888	„
19—20 „	Philadelphia	International Mercantile Marine Co.	10 232	1889	„
19—20 „	St. Paul	International Mercantile Marine Co.	10 230	1895	„

Unter den aufgeführten 25 Seedampfern sind fünf ehemals deutsche Schiffe, Imperator und Vaterland der Hamburg-Amerika Linie und die drei Schnelldampfer Kaiser Wilhelm II., Kronprinz Wilhelm und Kronprinzessin Cecilie des Norddeutschen Lloyd, die heute unter anderen Namen und anderer Flagge fahren. Lloyds Register wird mit seinen Angaben den Schnelligkeitsleistungen dieser deutschen Schiffe nicht gerecht. Imperator und Vaterland haben, solange sie unter deutscher Flagge und unter Leitung deutscher Ingenieure fuhren, auf den meisten Reisen Durchschnittsgeschwindigkeiten von 23 und 23½ Seemeilen erzielt, auch den Schnelldampfern des Lloyd darf durchweg 1 Seemeile mehr zugebilligt werden.

Als Antriebsmaschine überwiegt die Turbine. 12 der angegebenen Schiffe sind mit Turbinen, drei weitere mit einer

Kombination von Turbine und Kolbenmaschine, die übrigen mit Kolbenmaschinen ausgerüstet. Der Sieg der Turbine würde noch deutlicher erkennbar werden, wenn man auch die kleineren, zumeist dem Nahverkehr dienenden Dampfer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 20—25 Seemeilen in die Liste aufnehmen würde. Insbesondere im Kanalverkehr laufen eine Reihe von Passagierdampfern dieser höheren Schnelligkeitsklassen, z. B. die der belgischen Regierung gehörigen Dampfer Jan Breydel, Pieter de Coninck, Princesse Elisabeth, Stad Antwerpen, Ville de Liège, Schiffe von 1300 bis 1800 Br. R. T. und 24—25 Seemeilen Geschwindigkeit, ferner die 1—3000 Br. R. T. großen Passagierboote der London & North Western Railway Co., der South Eastern & Chatham Railway und anderer englischer Eisenbahngesellschaften. Ihre Antriebsmaschinen sind durchweg Turbinen. A. K.